

Revolution aus Prinzip?

1918 aus der Perspektive des postdemokratischen Zeitalters

Was taugt nützt es, sich an einen Aufstand annähernd neunzig Jahre nach dem Geschehen zu erinnern? Und mehr noch: Sind nicht die Verhältnisse derart verändert, dass wir den Begriff „Revolution“ nur noch mit labilen Diktaturen verbinden?

Wer vom heute spricht, spricht nicht mehr von Revolution, sondern von Herausforderungen und allenfalls von Veränderungen. Die politischen Verhältnisse scheinen uns stabil genug. Man hat sich daran gewöhnt, dass es scheinbar keine Kontingenzen mehr gibt. Und es spricht für das Grundgesetz und die Entwicklung der Demokratie in Deutschland, dass das so ist. Die Kehrseite, und damit die Gefahr, liegen jedoch gerade in der Gewohnheit. Weil alles in unserem Staat so funktioniert, wie es funktioniert, sehen sich viele Bürger von politischer Anteilnahme und noch mehr politischer teilhabe gar dispensiert. Die Verantwortung wird gerne auf „die da oben“ geschoben, auf die Politiker, denen man eh nichts zutraut und vielleicht auch nationale oder supranationale Systeme, wie der EU, der man auf der einen Seite mit Argwohn begegnet, an die man sich aber andererseits gewöhnt hat.

Dieser Entwicklungen, und den daraus folgenden Wirrungen angesichts der Globalisierung, entspricht die Theorie der so genannten Postdemokratie. Nicht, dass die Demokratie dadurch abgeschafft würde, nein, sie hat sich verändert.

Der Begriff der Postdemokratie ist durch den englischen Politologen Colin Crouch in den Diskurs gebracht worden. Es bezeichnet ein politisches System, dass nicht primär auf der Beteiligung der Bürger basiert, sondern allein den Output fokussiert. Der soll durchaus Verteilungsgerechtigkeit und Allgemeinwohl ermöglichen, allerdings haben dabei demokratische Verfahren nur noch eine instrumentelle Rolle insofern sie bereits eingeleitete Entwicklungen (nachträglich) legitimieren.

Unter einem postdemokratischen politischen System versteht Crouch „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“

Grundlage postdemokratischer Gesellschaften sind Objektivierungen des Allgemeinwohls; dessen Definition und Operationalisierungen werden durch Experten, Kommissionen und Wirtschaftsunternehmen erarbeitet. Die gewählten Repräsentanten verlagern damit ihre ureigenen Kompetenzen auf externe Systeme. Die Befähigung des Bürgers muss darin liegen dem objektivierten Allgemeinwohl gerecht zu werden. Demokratische Entwicklungen werden also invertiert. Nicht mehr der Souverän betraut die Politik mit der Umsetzung politischer Ziele, sondern er muss sich den Entwicklungen und Expertenempfehlungen (geprägt durch die Bedingungen der Globalisierung) anpassen.

Eine These, die nicht unbedingt stimmen mag und die auch von Crouch nach der Wahl Barack Obamas zum amerikanischen Präsidenten teilweise wieder eingeschränkt wurde.

Claus Offe kritisiert sie als zu pauschal und zu wenig nach Ländern oder Politikfeldern differenziert. Und sich gibt es auch Unterschiede in verschiedene Politikansätze. So kann Crouch zum Beispiel die Politik von New Labour in Großbritannien durch Tony Blair als postdemokratisch bezeichnen. Aber auch hier hat es Variationen und Amplituden gegeben. Eine Theorie bleibt eine Theorie. Aber sie gibt Anhaltspunkte, wie politische Kybernetik funktioniert und ja, sie gibt auch Hinweise darauf, dass die Aufgabe, Politik zu betreiben, immer schwerer wird. Daraus ergibt sich ein Teufelskreis. Die Menschen werden immer politikverdrossener, dispensieren sich von Wahlen oder politischem Engagement und distanzieren sich gleichzeitig von Politikern. Die wiederum müssen in einer angespannten Situation, in der auch ihre Macht begrenzt ist, versuchen, ein Maximum für die Gesellschaft zu erreichen, unter dem Druck der Öffentlichkeit stehend. Darüber hinaus führt mangelndes politisches Verständnis erst Recht auf Seiten der Politik dazu, sich postdemokratisch zu gerieren. Dazu Colin Crouch: „Sobald sich bei den Menschen die Überzeugung durchgesetzt hat, dass Regierungen prinzipiell unfähig sind, während allein die Unternehmen über Kompetenz verfügen (...), sind die Politiker gezwungen, Unternehmen und ökonomischen Eliten immer mehr Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen.“

Wer demnach will, dass Politik Politik bleibt, muss Politik unterstützen, Politik betreiben, und Politiker kritisch unterstützen. Regieren wird immer schwieriger. Politik – und mit ihr Politikerinnen und Politiker – brauchen Unterstützung. Diese Stärkung sollte nicht den Lobbyisten oder Wirtschaftsunternehmen oder sonstigen Beratern überlassen werden. Das ist die Ur-Aufgabe des Souveräns – der Bürgerinnen und Bürger eines Landes.

Crouch nennt drei Wege, die aus der Aporie einer reinen Postdemokratie führen. Der erste ist die Realisierung neuer sozialer Bewegungen als wesentliche Player in einer zukünftigen Gesellschaft. Nicht nur im Internet boomen Netzwerke; sie sind eher Ausdruck einer anderen (einer neuen?) Organisationsform, die sich flexibel geriert, weniger institutionell verankert und durch ihre Pluralität ein enormes Potenzial an Wissen und Engagement darstellt. Der zweite Weg führt über aktives Lobbying. Natürlich gibt es Lobbyismus in der Politik und in gewisser Weise ist Lobbyismus nichts anderes als eine Form der Einflussnahme. Er wird nur ad absurdum geführt, wenn er eindimensional (zum Beispiel nur für die Interessen eines Unternehmens erfolgt). Wenn und insofern Politik an Lobbyismus gewöhnt ist, kann er auch sinnvoll für diverse Themenbereichen, das Allgemeinwohl betreffend, durchgeführt werden. Wer Lobbyismus betreibt, braucht ein Ziel und er braucht ein Netzwerk (siehe oben), um seinen Anliegen Gehör zu verschaffen. So gehört die Bereitschaft zum Lobbyismus zu den zentralen Aufgaben der bereits erwähnten neuen sozialen Bewegungen. Als Drittes nennt Crouch die Unterstützung demokratischer Parteien. Unser Staat ist eine Parteiendemokratie, so ist der Weg in und durch die Parteien das Mittel der Wahl, Politik zu gestalten. Das geht aber ohne Politikverdrossenheit und mit selbstbewusstem Wissen, um gesellschaftliche Zusammenhänge. Womit nicht zuletzt wieder die Bedeutung der politischen Bildung umschrieben wäre.

Politische Bildung in der Postdemokratie ist die Heranführung der Bürger an gesellschaftliche Entwicklungen und den daraus resultierenden Expertenempfehlungen bzw. den Rahmenbedingungen global operierender Unternehmen.

Dem widerspricht jegliche Idee der politischen Bildung als Stärkung bzw. In-Stand-Setzung des Bürgers als Souverän des Staates, wie es auch von Grundtvig intendiert war. Er forderte

im 19. Jahrhundert ein Institut zur Volksaufklärung und -emanzipation, eine Bildungs„anstalt“, „wo das tägliche Gefühl des Schülers nicht das niederdrückende ist: Dir wird eine Last auferlegt, sondern das ermunternde: Dir geht ein Licht auf!“ Bürger sollten „Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben können, die nützlich und angenehm sein können, nicht so sehr im Hinblick auf ihren besonderen Beruf und ihre Arbeit, sondern im Hinblick auf ihre Stellung als Sohn des Landes und Bürger des Staates.“

Nicht nur, dass hier zum ersten Mal in der Geschichte der Begriff „Volkshochschule“ benutzt wird, Grundtvig liefert gleich auch ihre Zielsetzung, nämlich die Bildung der Mündigkeit aller Bevölkerungsschichten im Staat.

Will man sich nicht mit postdemokratischen Entwicklungen abfinden, gilt es, gerade eine auf Beteiligung fokussierte politische Bildung zu stärken. Bürgerinnen und Bürger müssen (wieder) in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben als Souverän engagiert wahrzunehmen. Das ist nicht allein ein Auftrag an die Politik, sondern ebenso eine Ansage an die Gesellschaft. Dieses Land, dieser Staat gehört allen und alle haben eine Verantwortung für die Wohlfahrt zu übernehmen: als Wähler, in bürgerschaftlichem Engagement, in Beruf und Familie und in der Politik.

Was hat da mit der Revolution in von neunzig Jahren Kiel zu tun? Zunächst Meuterei, Sabotage in der Deutschen Bucht, war es später in Kiel der Versuch, ein erneutes Auslaufen der Flotte zu verhindern bzw. meuternde Kameraden, die verhaftet worden waren, freizubekommen. Natürlich ging es zu nächst um militärische Belange, das spiegelt sich im 14-Punkte Katalog der Aufständischen wieder. Angefangen bei den Matrosen, einfache Leute, entfachte es einen Flächenbrand, der zum Umsturz des Systems führte und letztlich der Republik den Weg ebnete.

„Die politische Macht ist in unserer Hand“, riefen die Kieler Matrosen. In unserem Staatswesen ist das grundgesetzlich verbrieft, also sollten wir das Recht nutzen. Der Ausgang des Kieler Aufstandes war Befehlsverweigerung gegen obrigkeitsstaatliches Denken. Jetzt geht es darum, ganz im Gegenteil, dem Staats Genüge zu tun und den Artikel 20 des Grundgesetzes wirklich ernst zu nehmen und also in die Tat umzusetzen. Wer die Postdemokratie nicht will, wer nicht will, dass Entscheidungsebenen verlagert werden, muss die Politik wieder zu dem machen, was sie ist: eine wahrhafte res publica. Die Sache aller.

Revolution ist heutzutage in unserem Staatswesen kein angemessener Begriff mehr. „Der Revolutionsmythos in jakobinisch-bolschewistischer Tradition ist tot, aber massive Umwälzungen der wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen wird es weiterhin geben. Weil Veränderung notwendig bleibt, brauchen wir radikale Hoffnung. Radikal heißt, bereit sowohl zur Klage wie zum Handeln.“ Das sagt der Soziologe Hans Joas jüngst in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT. Die Werte unserer Demokratie sind dergestalt, dass sie erhalten und gestärkt und nicht umgewälzt werden müssen. Wahrhaft revolutionär wäre es dagegen, die Schätze, die unsere Verfassung und unsere Demokratie Wert zu schätzen und ihre Instrumente zu nutzen. Das widerspricht jeglicher Politikverdrossenheit und jeglichem Politikerbashing.

Die Gewaltenteilung gehört zu den Werten gerade jener Demokratie, die auch aus dem Kieler Matrosenaufstand erwuchs. Diese Gewaltenteilung ist zu nutzen. Nicht Revolution,

sondern Verantwortung und Solidarität sind die Lehren aus dem Aufstand. Wir Bürgerinnen und Bürger sind der Souverän. In unserer Hand liegt die politische Macht, in unserer Macht liegen aber, und das ist die Zumutung der Moderne, auch die Verantwortung und die Solidarität.

Wer Verantwortung trägt, denkt mit und berücksichtigt die Traditionen, die Rahmenbedingungen und die Folgen seines Handelns. Keiner lebt für sich allein. Menschen sind aufeinander angewiesen, der Schwächere braucht den Stärkeren. Es gibt genügend Situationen, in denen das Schwache stark und das Starke schwach ist. Verantwortung zu tragen, ist Solidarität zu üben.

Klage und Handlung stehen dabei stellvertretend für Solidarität und Verantwortung. Wer klagt, nimmt Ungerechtigkeiten, Leid und Resignation wahr. Und wer wirklich wahr nimmt, wird er über der Klage die Hände nicht in den Schoß legt, sondern auf jeden Fall zum Handeln kommen. Das ist das Wesen von Solidarität und Verantwortung: Hinzuschauen und sich einer Situation nicht zu verschließen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Verantwortung für den Einzelnen summiert sich zur Verantwortung für die Gesellschaft als Ganze.

Das mag allerdings in der heutigen Zeit in der Tat revolutionär sein.